

Wahrscheinlich etwa 36,50 Mark pro Woche. Während die Tariflöhne unverändert blieben, stiegen jedoch die Lohnverläufe durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit ganz außerordentlich und erreichten im Dezember ihren Höhepunkt...

Während die Konjunktur für den Arbeiter sich seit Juli 1929 verschlechtert und im Durchschnitt des Jahres 1929 schlechter ist als im Jahre 1928, hat sich die Konjunktur für den Unternehmer, wie aus der Entwicklung der Produktion ersichtlich ist, im Jahre 1929 gegenüber 1928 recht erheblich verbessert. Die Produktion war 1929 in jedem Monat, mit Ausnahme des Februar, höher als der Jahresdurchschnitt für 1928, und war im Durchschnitt des Jahres 1929 höher als in dem für den Unternehmer so ungünstig gelaufenen Konjunkturjahre 1927.

Sinkende Löhne — Tiefengetwinne

Das Sinken der Löhne bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters ist begleitet von einer tiefen Steigerung des Profits. Obwohl die Unternehmer mehr denn je dazu übergehen, die erzielten Profite in den Klagen zu verschwinden zu lassen, so sind die Abweichungen um zu suchen, zeigen die offiziell angegebenen Gewinne dauernd in die Höhe.

Im ostfälischen Industriegebiet sind bereits von einer ganzen Reihe Unternehmer die Dividendenlisten veröffentlicht worden. So verteilen die

Table with 2 columns: Company Name and Profit Percentage. Includes Ungner-Werke AG, Holzfabrik, Niederfeld, Sappesorgung, etc.

Angesichts dieses Dividendenlegens, der nur einen Bruchteil des aus den Arbeitern herausgepressten Profites darstellt, ist es kein Wunder, wenn der Dresdner Arbeiter vor einiger Zeit jubelnd feststellen konnte:

Deutschland ist das Land der höchsten Gewinne!

Soll das so weitergehen?

Die von uns veröffentlichten Zahlen über die Senkung des Reallohnes und die Höhe der Profite sprechen eine ernste und mahnende Sprache. Die Tatsache, daß der Herbst 1929 zum ersten Male seit Jahren keine nennenswerten Lohnbewegungen und demzufolge auch keine Lohnhöhungen brachte, ist eine Folge der reformistischen Gewerkschaftspolitik, die mit Hilfe langfristiger Tarifverträge die Arbeiter auf Jahre hinaus an die Unternehmer verkauft hat und sie unter Berufung auf die „Tarifstreue“ am Kampfe gegen die Teuerung und den dauernden Abbau des Reallohnes hindern will.

Ohne die Hilfe der Sozialfaschisten wäre eine solche Ausbeutung der Massen, wie sie die Zahlen ausweisen, nicht möglich.

Die Arbeiterklasse muß sich jedoch darüber im Klaren sein, daß die deutsche Bourgeoisie ihren Hungerfeldzug mit Hilfe des sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparates noch rücksichtsloser und brutaler als bisher durchzuführen wird. Sie will den Lohn des deutschen Arbeiters auf das Niveau des Lohnes der chinesischen Kulis herabdrücken.

Der Ausweg: Kampf unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Diesem gemeinsamen Hunger- und Ausplünderungsfeldzug des Trustkapitals und seiner Sozialfaschisten muß die Arbeiterklasse ihre geschlossene Kampffront unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition entgegenstellen.

Ohne Rücksicht auf die von den Reformisten gegen den Willen und die Kampfbereitschaft der Arbeiter abgeklafften Tarifverträge gilt es in allen Betrieben zum Kampfe für die Erhöhung der Löhne und den Siebenhunderttag mit Lohnausgleich zu schreiten.

Der Bundeskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition Sachsens hat der sächsischen Arbeiterklasse sowohl ein Kampfprogramm als auch die Strategie und Taktik zur Durchsicherung der im Programm aufgestellten Forderungen gegeben. Die Frage der Organisierung der wirtschaftlichen Kämpfe ohne Rücksicht auf die Hungerlöhne ist eine Lebensfrage für die deutsche Arbeiterklasse. In allen Betrieben müssen die Proleten deshalb dazu übergehen, die Voraussetzungen für die Durchführung dieses Kampfes zu schaffen.

Die Bildung revolutionärer Vertrauensmännerkörper und die Wahl revolutionärer Betriebsräte stehen im engsten Zusammenhang mit der Organisierung des Kampfes gegen die Unternehmeroffensive.

Nur wenn sie sich unter der Führung der revolutionären Opposition zu einer einheitlichen Kampffront zusammenschließen, nur wenn sie die Weisung des Bundeskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition in allen Betrieben in die Tat umsetzen, kann die Arbeiterklasse die Hungerlöhne des Dreihundert- und Unterhunderttag, Staat und Gewerkschaftsbürokratie zurückschlagen und die Verbesserung ihrer Lebenslage erkämpfen.

Beispiel glänzender Arbeiterolidarität

Hamburg, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie wir gestern bereits meldeten, ist die Belegschaft der Kielenbaustelle des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes als Protest gegen das Blutbad in den Streik getreten. Dem Sekretär des Zimmererverbandes wurde erklärt, daß Schlichter versprochen hätte, die Belegschaft zum Stillstand zurückzuführen und die Schlichtererei zu unterbinden. Darauf hatte gestern früh die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen. Als dann die Arbeiter sahen, daß Sipphundertschaften die Gewerkschaften wieder verprügeln und auf sie schossen, legte die gesamte Belegschaft wiederum geschlossen die Arbeit nieder und begab sich zu dem bereits am Tage zuvor einkerkerten Bundeskongress. Mehr als 300 Delegierte waren erschienen, davon fast alle die Nachricht von den Ereignissen auf dem Stillstandplatz erhielten, eine ungeheure Erregung bewirkte. Mit den Stimmen der parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter wurde einstimmig beschlossen, die Hamburger Bauarbeiter und darüber hinaus die gesamte Arbeiterklasse der Welt zum sofortigen 24stündigen politischen Massenstreik aufzurufen. Alle Hände erhoben sich für folgende Resolution:

Die am 31. Januar bei Bahms verammelten Delegierten der Hamburger Bauarbeiter erheben gegen den unerhörten Terror der Polizei, der sich zum Arbeitermord steigerte, klammernden Protest. Arbeiterblut ist geflossen, Tote und Ver-

Kapitalistisch-sozialfaschistische Presse fordert:

Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion

Die „linken“ Sozialfaschisten marschieren an der Spitze der Kriegstreiber

Dresden, 1. Februar.

Hand in Hand mit der Korbböge gegen die Kommunistische Partei führt die kapitalistisch-sozialfaschistische Presse einen verächtlichen Hoch- und Berleumdungskrieg gegen die Sowjetunion durch. Die Propaganda der herrschenden Imperialisten haben sich nur keine Mühe mehr zu verschleiern, daß der prosozialistische Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland bewirkt werden soll. So weicht kein Tag an dem nicht jede, aber auch jede Zeitung von Hitler bis Böhm und Sachs eine Berleumdung gegen die Sowjetunion veröffentlicht, um die Stimmung für den Abbruch der Beziehungen herbeizuführen. So forderten schon vor einigen Tagen die Dresdner „Kriegsblätter“ ganz offen, daß man mit der Sowjetunion keine Beziehungen mehr unterhalten soll. Die Dresdner Nachrichten machen für die Verschärfung der Klassenkämpfe und des Klassenkampfes, die ihren Ausgang in einer breiten Welle wirtschaftlicher und politischer Kämpfe der Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition finden, die Hand Moskaus verantwortlich. Der Dresdner Anzeiger droht in seiner heutigen Morgenausgabe gleichfalls ganz unerschrocken mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Nachdem auch er das Märchen erzählt hat, daß „Moskau die Revolution in Deutschland befohlen“ habe, schreibt er:

„Und es überläßt, als verlasse sich die Sowjetregierung allzu sehr auf den Rücken, daß Russland ein solches Verbrechen für die deutsche Politik ist.“

Die kleinen Klagen in Dresden plappern mit dieser Sowjetphobie nur das nach, was ihnen die atomen Zeitungen vorgetrieben haben. Aber gleichzeitig auch beziehen sie ihre Argumente aus den Subtilitäten der sozialfaschistischen Presse. Wie in allen Fällen, in denen es gegen die Interessen der Arbeiterklasse geht, stehen auch bei der Hebe gegen die Sowjetunion die Sozialfaschisten an der Spitze.

Der Vorwärts und die „Linke“ SPD-Blätter in Sachsen führen die unerschrockenste und niederträchtigste Sprache, um die Sowjetunion zu verleumden und um ihren Herrmann Müller und Seering „Argumente“ für den Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion zu liefern. So bald wärme sie bis zum der kapitalistischen Presse so oft zugehörige Klage von der „Identität der Sowjetregierung und der Komintern“ wieder einmal auf. Der Vorwärts schreibt am Schluß einer mit „Sow-

jetphobie“ überschriebenen Meldung folgendes über die deutsch-sowjetischen Beziehungen:

„Die Ansicht, daß diese Beziehungen darin bestehen, daß Deutschland imwägig zwischen mühte, wie die Sowjets in Deutschland politische organisierten, ist etwas zu russisch-primäver.“

Diese Sprache läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Den Spiegel der Kriegsböge gegen die Sowjetunion erreichte aber weitestgehend der „linke“ Sozialfaschist Böhm, der in seinem Artikel, der auch in der Dresdner Volkzeitung erschien und den Titel, der auch in der Dresdner Volkzeitung erschien, das „Demokratie bereits behauptet haben, ganz offen jagt, daß das „demokratische“ Deutschland als Kulmarischgebiet der Imperialisten gegen die Sowjetunion gilt. Wörtlich schreibt er:

„Ein von Schweren inneren Kämpfen zerfleissenes Deutschland, in dem die Demokratie außer Kraft gesetzt ist, das heute an dieser Grenze der Diktatur und morgen vielleicht — so hofft man in Moskau — an jener Grenze baumelt, ist kein höheres Kulmarischgebiet mehr gegen Moskau.“

Böhm gibt damit ganz unerschrocken zu, daß die „demokratische“ Republik mit ihren sozialfaschistischen Ministern und Staatsangestellten mit ihrer imperialistischen Innen- und Außenpolitik ein höheres Kulmarischgebiet gegen die Sowjetunion

ein höheres Kulmarischgebiet gegen die Sowjetunion ist. Und er kennt keine größere Sorge, als durch eine blühende Wirtschaft gegen die Kommunistische Partei und den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse das imperialistische Kulmarischgebiet dieses imperialistischen Kulmarischgebiet zu erhalten.

Die große Front von Hitler bis Böhm, vom „Sächsischen Probacher“ bis zur „Dresdner Volkzeitung“ ist also hergeheilt.

Ihre gemeinsame Plattform ist die Durchführung des Souveränitätskampfes auf der Grundlage einer verschärften Ausplünderung der werktätigen Massen Deutschlands und des gemeinsamen Krieges der Imperialisten gegen die Sowjetunion. Doch die Herrschaften haben ihre Rechnung ohne die deutsche Arbeiterklasse und ohne ihre revolutionäre Führerin, die Kommunistische Partei, gemacht. Genau so wie sie den Kampf aufnehmen gegen den blühenden Terror der Seering, Böhm und Schönfelders, genau so legen sie ihre ganze Kraft ein, um die Sowjetunion gegen alle ihre Feinde, die gleichzeitig die Feinde der werktätigen Massen in den kapitalistischen Ländern sind, zu verteidigen.

Widerliche Futtertruppenjäger

Berlin, 31. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Nachdem die Koalitionsoverhandlungen in Preußen gescheitert sind, hat der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun dem Schahergesicht der Sozialdemokratie um einen weiteren Ministerposten dadurch noch zum Erfolg verholfen, daß er den sozialparteilichen Kultusminister abtreten ließ und dem „religiösen Sozialisten“ den bisherigen Vizepräsidenten des brandenburgischen Provinzialparlamentes Grimm, ein preußischen Kultusminister ernannte. Dieser Verleserwechsel zeigt unweigerlich einmal, daß die Sozialdemokratie trotz aller angeblichen Drohungen gegen Schaher nicht daran denkt, ihre gut besetzten Ministerposten aufzugeben, zweitens, daß auch auf dem Gebiet der Kulturpolitik die Sozialdemokratie braucht, weil sie glaubt, auch auf dem Gebiet der Verfassung des Schulwesens und der Jenseit ihre interregionalen Kämpfe gegen die Arbeiterklasse nur mit Hilfe der Sozialfaschisten durchführen zu können.

Zu der Ernennung Grimmes schreibt das Berliner Tageblatt u. a.:

„Dieses Ministerbeispiel überliefert Fraktionsherrschaft, diese unethischen Fraktionsmethoden und eine nur aus Herrschaft und unethischen Methoden zu erklärende Ministerherrschaft.“

Der Dresdner Anzeiger schreibt über die politische Seite des Schahers:

„Man kann insofern aus der Berufung Grimmes ein Entgegenkommen gegen die evangelischen Kreise in Preußen erblicken. Durch die Ernennung des neuen Kultusministers ist natürlich ein „Kult-erempe“ geschaffen, das dazu beiträgt, die Aussichten für eine Wiederaufnahme der Bemühungen um die Große Koalition in Preußen für absehbare Zeit noch weiter zu verzerrern.“

Die „evangelischen Kreise in Preußen“ sind besonders die Deutschnationalen, die damit an der Führung einer solchen Koalition interessiert sind, bis auch die evangelische Kirche ihre Millionenverträge jährlich aus dem Steuergelbden abheben kann.

Der Abbruch dieses Koalitionshaders in Preußen ist Macht ein widerliches Beispiel sozialdemokratisch-bürgerlicher Futtertruppenpolitik.

Antibolschewistischer Schwindel erledigt

Berlin, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Polizeipräsident teilt mit: Die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung in der Dollariatsverlage haben keine tatsächlichen Anhaltspunkte für eine Verbindung einer fremden Regierung, insbesondere der Union der Sowjetrepubliken, mit den Dollariatsverlegern ergeben.

Auch aus der Vergewaltigung liegt der Polizei kein Tatbestand vor, das eine Verbindung der russischen Regierung mit der Fälligung ausländischer Banknoten gewiesen oder nur unwahrscheinlich machen könnte. Diese Verleumdung widerrechtlich antibolschewistischen Lippen tauchen Kreis in anderer Form auf. Wenn auch später jedesmal erklärt werden muß, das was ein „Schwindel“, so wird doch von den bürgerlich-sozialfaschistischen Presseentitäten weiter gelogen — bis ihnen die Arbeiter das Lippenmaul stopfen.

Kommunisten sind sämtlich Hochverräter

Zulitzmaschine fällt wieder unerhörtes Klaffenstück

Leipzig, den 31. Januar 1930

Heute wurde vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts das Urteil in dem Hochverratsprozeß gegen den Berliner Druckereibesitzer Fritz Pächter und den Schriftführer Genossen Schüller, die angeklagt waren, die illegale „Kote Sturmflut“ herzustellen zu haben, gefällt. Pächter wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, Genosse Schüller zu einem Jahr drei Monaten Festungshaft und 100 Mark Geldstrafe.

Die Anklage des Hochverrats stützte sich auf die Tatsache, daß am 10. Mai vergangenen Jahres in den Räumen der Druckerei Fritz Pächter Exemplare der „Koten Sturmflut“ beschlagnahmt wurden. Das Reichsgericht kam zur Beurteilung der beiden Angeklagten, weil der Inhalt der „Koten Sturmflut“ Vorbereitung zum Hochverrat darstellte. In diesem Prozeß erklärte der Vorsitzende Lorenz, daß alles das, was aus dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin kommt, Vorbereitung zum Hochverrat ist.

Dieser Automat in Leipzig, genannt Reichsgericht, hat die Aufgabe, kommunistische Funktionäre in die Kerker zu werfen, müssen als Anwalt auf diese Maßnahmen der Trustkapitalisten in Massen der KPD beitragen.

wunderte liegen auf den Straßen, erwidert auf Befehl des deutschen Kapitals und durch die verhetzten Polizeikräfte des sozialfaschistischen Schönfelders.

Die verammelten Delegierten leiteten deshalb die gesamte Pavarierklasse und darüber hinaus die Arbeiterklasse der Welt an, gegen den Polizeiterror und Arbeitermord in den 24stündigen Massenstreik einzutreten.“

Die Armee der Hungernden formiert sich

Glänzende Demonstration der Erwerbslosen Jittaus

Am Donnerstag marschieren die Jittauer Erwerbslosen in einer Kampfdemonstration auf, wie sie Jittau seit langem nicht sah. Die Jittauer Arbeiter und die Fabrikarbeiter, die Polizeigewalt für die Oberleitung, verließen natürlich hundert Jahren darüber, daß die Erwerbslosen eine andere Meinung haben wie sie. Die Zeiten, wo sie die drittelten Massen von diesen Prellerepellen belügen ließen sind vorbei. Die Erwerbslosen marschieren jetzt über tausend Demonstrationen in Richtung dem kommunistischen Redner begehrt zu. Die Kommunisten der Chemnitzer Konferenz machten sich die Jittauer Erwerbslosen zu eigen. Jetzt gilt es weiter voranzutreiben, Demonstrationen aneinander mit den Betriebsbelegschaften zu organisieren für Arbeit und Brot für den Siebenhunderttag und Lohnhöhe, für menschenwürdige Unterbringung aller Erwerbslosen, gegen die Nationalisierung, gegen den National- und Sozialfaschismus, gegen den Terror des kapitalistischen Staatsapparates, gegen den Vornach, für die revolutionäre Führerin der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei.

Sozialfaschistische Beilen tollten

Berlin, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern abend wurde in Friedrichshain eine Parteiarbeiterkonferenz der KPD von einem riesigen Schuppaufgebot ausbrechen. Alle Genossen, unter ihnen Genossen Püd, wurden für verhaftet erklärt und nach dem Polizeipräsidium abtransportiert.

Die bürgerliche Presse lacht für die „Wut“ natürlich eine „Reaktion“ und schreibt von einer Parteikonferenz der KPD, die sich mit dem Versuch zur Vorbereitung eines „Aufstandes“ am Sonntag belächelte. Die sozialfaschistischen Kreaturen zeigen durch diese Verhaftungen, daß es ihnen darauf ankommt, die revolutionäre Arbeit der Partei zu lähmen. Brandmarkt des Terrorregimes in allen Betrieben und Arbeiterorganisationen! Reißt die Proteste in jeder Verammlung! Mobilisiert die Massen und rechnet gründlich ab mit allen, die das Schandregime verteidigen!

Sozialfaschistische Halunken

Rühns Epizentrum am Wettinerplatz

Die Volkzeitung viele Güttele vom Wettinerplatz, ist sich einmal sehr schlau vornehmen als sie gestern ein Rundschreiben des RK der KPD auszusenden zum Abbruch bringt. Wenn diese Hohlköpfe zu Anfang schreiben: „Wer soll auch den ganzen Atom leiten?“, so bemerken wir, das Rundschreiben wird nicht nur gelesen, sondern auch durchgeführt — allerdings von den Funktionären der Kommunistischen Partei; von den Sachs und Co. kann man nicht einmal erwarten, daß sie lesen lernen können. Somit reicht am Wettinerplatz nicht „Interessant“ ist, daß diese Kreaturen bereits so fern sind, daß sie für ihre Abgründigenjournalarbeit nicht einmal wukten, wo sie anlegen sollten. Alles, aber auch jede Kampfmahnung, die vom RK in dem Rundschreiben aufgelegt sind, werden von den Arbeitern als leidenschaftlich angelesen; und wenn diese Burken erklären, daß die KPD das „Verbot“ erklärt, so ist gerade der Kampf der Partei um ihre Legalität eine der wichtigsten Aufgaben, die in dem Rundschreiben gestellt sind.

Wenn nun noch eine Geheiminstruktion um dieses zentrale Rundschreiben, das zu Hunderten mit der Post ins Reich geschickt wird, notgedrungen wird, so wollen sich diese Kreaturen lediglich den Anblick besonderer „Intelligenz“ geben, um der Bourgeoisie ihre „Unerschrockenheit“ zu beweißen. Die sozialfaschistischen Polizeipräsidien werden natürlich die KPD und die Arbeiter nicht vom Kampf gegen den Kapitalismus und die gefaschten Sozialfaschisten abhalten. Im Gegenteil, die Mut der Genossen muß allen Parteiarbeitern Ansporn sein, mit erhöhter Energie an die Durchführung der in dem Rundschreiben des RK gestellten Aufgaben zu gehen. Das wird den Schmierfinken um Sachs nicht gut bekommen.